

war, gaben die saarländischen Parteien am 28. September 1923 folgende Erklärung ab:

„Die politischen Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen¹⁸ haben folgende EntschlieÙung gefaÙt:

Die politischen Parteien des Saargebietes wenden sich in dieser schwersten Stunde ihres deutschen Vaterlandes aus größter Besorgnis um die Einheit des Reiches und den Bestand seiner Grenzmarken an das gesamte deutsche Volk mit der dringenden Aufforderung, die Reichsregierung und ihre Bestrebungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung schon um der außenpolitischen Sicherung willen mannhaft zu stützen. Faschistische und kommunistische Umsturzversuche übernehmen vor der leidensreichen Geschichte unseres Volkes die nie wieder gutzumachende Verantwortung für die außenpolitisch bedrohlichste Gefährdung aller deutschen Grenzgebiete.

Deutsch-Demokratische Partei, Deutschnationale Volkspartei, Liberale Volkspartei, Sozialdemokratische Partei, Zentrumsparlei.“¹⁹

In den Artikeln zum Verfassungstag des Jahres 1927 trat ein gewisser Unterschied der Parteien in ihrer Bindung an die Republik zutage. Die Sozialdemokraten bekannten sich begeistert zur Republik als der Staatsform, die eine internationale Verständigung fördere und dadurch auch der Saar und ihren nationalen Belangen diene²⁰. Das Organ der Zentrumsparlei betonte vor allem die Bedeutung der Festigung der Republik als Grundlage der gesetzlichen Ordnung²¹. Die „Saarbrücker Zeitung“ nahm Rücksicht auf die wohl noch mangelnde Verwurzelung der Republik in Kreisen der Wählerschaft der Deutsch-Saarländischen Volkspartei²², führte aber aus, daß in Deutschland nichts gesicherter sei als die Republik, daß ein Streit um die Staatsform überflüssig sei, da eine monarchistische Gefahr nicht bestehe, wohl aber eine faschistische, der durch eine gute republikanische Verfassung begegnet werden müsse²³. Wenn auch der Zentrumsparlei und noch ausgesprochener der Deutsch-Saarländischen Volkspartei das Pathos der Sozialisten im Bekenntnis zu Republik und Völkerversöhnung fehlte, so lag doch in der Bejahung von Weimar und Genf das selbstverständliche Fundament ihrer Politik.

Die sozial und kulturell konservative Struktur der saarländischen Bevölkerung und die positiven Elemente, die im Saarstatut in der Bindung an den Völkerbund lagen, hatten dazu geführt, daß der oft leidenschaftliche nationale Kampf der politischen Parteien letztlich auf einer realistischen und vernünftigen europäischen Friedenspolitik basierte. Als sich in Deutschland der Nationalsozialismus durchsetzte, entzog dieser Vorgang der Politik der saarländischen Parteien wesentliche Fundamente und mußte zu einer Krise des gemeinsam gewonnenen politischen Bewußtseins führen.

¹⁸ Besonders bemerkenswert ist, daß auch die Deutschnationalen an der Saar sich an dieser EntschlieÙung beteiligten, während ihre Mutterparlei noch eine Versackungspolitik verlangte und die Rechtskonspirationen in Bayern fortschritten.

¹⁹ S.Z. Nr. 245 v. 29. 9. 1923 „Das Saargebiet an die Brüder im Reich“.

²⁰ Volksstimme Nr. 185 v. 11. 8. 1927.

²¹ S.L.Z. Nr. 215 v. 11. 8. 1927.

²² Darauf wiesen die Sozialdemokraten wiederholt hin: Z. B. Landesrat d. Saargeb., Sten. Ber. v. 30. 6. 1925, S. 20; Volksstimme Nr. 186 v. 12. 8. 1927 „Der Verfassungstag in Saarbrücken“.

²³ S.Z. Nr. 217 v. 11. 8. 1927.